

# 1. Der Jüdische Kulturbund in Deutschland e. V., Zweigstelle Wien

Die Wiener Zweigstelle des Jüdischen Kulturbundes wurde unter dem Druck der NS-Behörden im Jänner 1939 eingerichtet und existierte bis Herbst 1941. Ihre Agenden unterschieden sich wesentlich von der Arbeit des Kulturbundes in Deutschland, da dieser sich ab 1933 über Jahre hinweg entwickelt hatte, während die Wiener Zweigstelle zu einem Zeitpunkt eingerichtet wurde, da der Antisemitismus bereits gesetzlich verankert war. Gegen Jüdinnen und Juden gerichtete Aktionen wurden in Wien bei weitem aggressiver durchgeführt, zudem war die Stadt eine Art Versuchsstation für die Einführung von »Judenräten« und die Organisation und Durchführung von Deportationen.

Die Tätigkeit und Verwaltung der Wiener Jüdischen Gemeinde unter der NS-Herrschaft bildete die grundlegende Basis und Struktur für die Arbeit der Zweigstelle Wien des Jüdischen Kulturbundes in Deutschland e. V. Daher werden im Folgenden zuerst die Ziele und Tätigkeiten des Kulturbundes Deutscher Juden bis 1938 erläutert, anschließend die Situation und Vorgänge in der Wiener Jüdischen Gemeinde während des »Anschlusses« im März 1938 und danach. Ferner im Fokus stehen die Gründung der Wiener Zweigstelle und ihre Tätigkeiten, wie die Herausgabe des *Jüdischen Nachrichtenblattes*, die Abhaltung von Kursen und die Bemühungen um künstlerische Veranstaltungen, von denen nur wenige und diese spät (1940/41) stattfanden.

## 1.1. Der »Kulturbund Deutscher Juden« zwischen 1933 und 1938

Infolge der »Machtübernahme« der Nationalsozialisten in Deutschland im Jahr 1933 kam es auch zu schwerwiegenden Änderungen der Kulturpolitik. Künstler\*innen, die aus »rassischen«,

politischen oder sonstigen Gründen nicht ins Konzept der Regierung passten, wurden entlassen und verfolgt. Schon im April und Mai 1933 verloren jüdische Schauspieler\*innen, Musiker\*innen und Künstler\*innen ihre Engagements und damit ihre Existenzgrundlage. In dieser Situation gründeten der Mediziner und Musiker Kurt Singer (geb. 1885 in Berndt, Westpreußen; gest. 1944 in Theresienstadt) und sein Produktionsassistent Kurt Baumann (geb. 1907; gest. 1983 in den USA) mit Erlaubnis der NS-Behörden den Kulturbund Deutscher Juden.

»Am 2. Juni [1933] sandte Kurt Singer, Gründer und Leiter des ›Berliner Ärztechores‹ und – bis zu seiner Entlassung im Frühjahr 1933 – stellvertretender Intendant der Städtischen Oper Berlin, den ›Plan zur Errichtung eines Deutsch-Jüdischen Kulturbundes‹ an Staatskommissar Hans Hinkel, ›mit der Bitte um wohlwollende Behandlung‹. Mit diesem Plan, entstanden in Zusammenarbeit zwischen Singer und Regisseur Kurt Baumann und getragen von den Repräsentanten von den großen jüdischen Organisationen, reagierte die jüdische Öffentlichkeit Berlins auf die nationalsozialistischen Maßnahmen zur Entrechtung und sozialen Ausgrenzung der Juden.«<sup>1</sup>

Am 6. Juli 1933 wurde die Gründung des Kulturbundes Deutscher Juden genehmigt, der zuständige NS-Beamte war Hans Hinkel, NSDAP-Mitglied seit 1922 und ab Ende Jänner 1933 Staatskommissar für die »Entjudung« des kulturellen Lebens in Preußen sowie Vorstand des Kampfbundes für deutsche Kultur. Als ihm im Juni 1933 der Plan zur Gründung des Kulturbundes vorgelegt wurde, holte er sich Rückendeckung von Hermann Göring, woraufhin dessen Einrichtung zugelassen wurde. Propagandaminister Joseph Goebbels forcierte in den folgenden Jahren die Zusammenarbeit mit Hinkel und betraute ihn u. a. mit der Aufgabe, alle kulturellen Tätigkeiten von »Nichtariern« zu überwachen. »Versippte« oder »Mischlinge«, die ab 1935 die Reichskulturkammer zu verlassen hatten, kamen danach unter Aufsicht des »Büro Hinkel«, das auch den Reichsverband der Jüdischen Kulturbünde kontrollierte und entsprechende Zensur ausübte. Hinkel presste den jüdischen Kulturträgern ein äußerst begrenztes Bild von Kunst und

Kultur auf; das Repertoire wurde zunehmend auf ein »jüdisches« eingeschränkt.<sup>2</sup>

Am 1. Oktober 1933 eröffnete der Kulturbund die erste Spielzeit mit Gotthold Ephraim Lessings *Nathan der Weise* im Berliner Theater in der Charlottenstraße, Berlin-Kreuzberg. Innerhalb weniger Monate wurden in Berlin auch eine Vortragsabteilung sowie eine Kulturbund-Oper (mit Mozarts *Figaros Hochzeit*) geschaffen, Gründungen Jüdischer Kulturbünde in Bayern, Rhein-Main, Mecklenburg-Lübeck, Ostwestfalen, Hamburg und anderen Städten und Gebieten folgten. In den Jahren 1933 bis 1938 (fallweise bis 1941) unterhielten diese Kulturbünde nach der Beschreibung des Zeitzeugen und Kulturbund-Dramaturgen Herbert Freeden

»[...] drei Schauspielensembles, eine Oper, zwei Symphonieorchester, eine Kleinkunsthöhne, ein Theater für die jüdischen Schulen, einige Chöre, zahlreiche Kammermusikgruppen, und veranstalteten darüberhinaus Vorträge und Kunstausstellungen. Etwa 2 500 Künstler (Schauspieler, Sänger, Instrumentalisten, Rezitatoren, Regisseure, Tänzer, Bildende Künstler) und vortragende Dozenten waren in ihrer Organisation zusammengefaßt, und fast 70 000 Menschen in etwa 100 Städten bildeten das Publikum, der größte freiwillige Zusammenschluß von Juden in Deutschland.«<sup>3</sup>

#### *Organisation und Struktur des Kulturbundes*

Die künstlerische Gesamtleitung des Kulturbundes hielt Kurt Singer inne, ihm zur Seite stand als Bundessekretär der Journalist Dr. Werner Levie, der als Verwaltungsleiter eingesetzt wurde (geb. 1903; 1938–1939 Leiter des Kulturbundes, hatte auch in Wien beim »Anschluss« mit Adolf Eichmann zu verhandeln, flüchtete 1939 in die Niederlande und gründete dort erneut einen Kulturbund, 1943 KZ Westerbork, 1944 Bergen-Belsen, verstarb nach der Befreiung). An der Spitze des Kulturbundes standen 14 Vorstände, die die künstlerische und administrative Leitung sowie das Regiekollegium bildeten. Engagiert wurden insgesamt etwa 200 Personen (Schauspieler\*innen, Musiker\*innen, Tänzer\*innen, Chorist\*innen, Nachtwächter, Boten u. v. a.). Dazu kamen im ersten Jahr vier Gastdirigenten, 36 Konzertsolist\*innen und mehr als

50 Vortragende. Der künstlerische Apparat umfasste zunächst vier Gruppen: Oper, Schauspiel, Konzert und Vortrag; später kamen Kleinkunst und Film dazu. Das alles musste organisiert werden: Für bis zu 70 Veranstaltungen im Monat wurden Räume, Personal und Produktionen benötigt. Dazu Herbert Freeden:

»Hunderte von Spielern, Rednern, Musikern, Arbeitern, Angestellten, Ordernern waren zu verschiedenen Zeiten an verschiedenen Orten einzusetzen. 50 Zahlstellen arbeiteten mit dem Mitgliederbüro, dieses wieder mit dem Werbe-Büro, beide mit der Gesamtverwaltung Hand in Hand. Die Post brachte täglich 500–600 Briefe.«<sup>4</sup>

Der Kulturbund finanzierte sich über Mitgliedsbeiträge. Den Mitgliedern wurden gegen einen Beitrag von 2,50 RM Karten für zwei Veranstaltungen im Monat geboten. Im ersten Jahr zählte der Kulturbund Berlin fast 20 000 Mitglieder. Der Jahresumsatz 1933/34 lag bei 600 000 RM, allein die Gagenzahlungen umfassten 350 000 RM. Bezahlt werden mussten aber auch Aufträge an (jüdische) Maler, Tischler, Drucker, Friseure etc. Im April 1935 wurde der Name des »Kulturbundes Deutscher Juden« auf Anordnung der Gestapo in »Jüdischer Kulturbund Berlin e. V.« geändert.

Die Arbeit des Kulturbundes lief parallel zu den Ausgrenzungsmechanismen und Pogromen der Nazis.<sup>5</sup> Die Möglichkeiten jüdischer Künstler\*innen, in ihrem Beruf zu wirken, sowie des jüdischen Publikums, sich überhaupt mit Kunst zu befassen, beschränkten sich immer mehr auf die Tätigkeiten des Kulturbundes. Der Kulturbund seinerseits litt ab 1937/38 unter der stetigen Abnahme seiner Mitglieder, die sich die Mitgliedsbeiträge nicht mehr leisten konnten.<sup>6</sup> Zudem wurde seine Tätigkeit durch die Emigration vieler Künstler\*innen erschwert. Dennoch fanden zumindest in Berlin<sup>7</sup> bis Mai 1941 kulturelle Veranstaltungen (Schauspiel, Kabarett, Theater der jüdischen Schulen, Musiktheater und Konzerte, Filmabende) statt.<sup>8</sup>

Der Kulturbund Deutscher Juden wurde 1933 als Reaktion auf die Entlassungen jüdischer Künstler\*innen und weiteren Theater- und Orchesterpersonals mit Erlaubnis der NS-Behörden und unter deren permanenter Kontrolle und Zensur gegründet. Diese ver-

schärfte sich mit den Jahren, die Vorgaben zum Spielplan wurden immer enger, ein jüdisches Theater wurde gefordert. Analog zu den zunehmenden antijüdischen Gesetzen und Einschränkungen für Jüdinnen und Juden wurde der Spielraum des Kulturbundes und der in ihm Tätigen immer kleiner – ein Prozess, der sich von 1933 bis 1938 erstreckte. Strukturen, die sich in Deutschland über fünf Jahre hin entwickelt hatten und Gesetze, die in dieser Zeit nach und nach erlassen worden waren, wurden in Österreich ab dem »Anschluss« im März 1938 binnen weniger Wochen und Monate wirksam.

### **1.2. Die jüdische Gemeinde Wiens im März 1938**

Die »Machtübernahme« in Deutschland hatte auch auf die österreichischen Jüdinnen und Juden vielfältige Auswirkungen. So führten der staatlich gewordene Antisemitismus im Deutschen Reich und die zunehmend antijüdische Gesetzgebung zu weiterer antisemitischer Hetze in Österreich und gleichzeitig zur Flucht deutscher Jüdinnen und Juden hierher. Diese Flüchtlinge mussten unterstützt werden.<sup>9</sup> Dazu kam, dass Österreich ab Februar 1934 als autoritärer Ständestaat geführt wurde, dessen Strukturen Jüdinnen und Juden zwar einen gewissen Schutz boten, dies aber vorwiegend aus Gründen der Abgrenzung gegenüber dem nationalsozialistischen Nachbarstaat. Mit Doron Rabinovici gesprochen:

»Bereits im Austrofaschismus hatte die jüdische Gemeinde gelernt, im jüdischen Interesse mit einem autoritären Staat zusammenzuarbeiten. Eine demokratische Öffentlichkeit existierte seit Jahren nicht mehr. Als die Nationalsozialisten an die Macht kamen, trafen sie auf eine jüdische Institution, die bereits eingeübt war, sich staatlichen Stellen zu unterwerfen.«<sup>10</sup>

Vor 1938 wurde die Arbeit des Kulturbundes in der österreichisch-jüdischen Presse zur Kenntnis genommen: »Das Theater des Kulturbundes deutscher Juden eröffnet«, war etwa in *Die Stimme* vom 19. Oktober 1933 zu lesen. Interessanterweise verlief fast parallel zur Gründung des Kulturbundes Deutscher Juden die Etablierung

der Jüdischen Volkshochschule in Wien, die von 1934 bis 1938<sup>11</sup> bestand und in deren Rahmen das Jüdische Kulturtheater betrieben wurde. In jener Phase also, in der der Kulturbund in Deutschland tätig wurde, gab es auch in Wien eine jüdische Kulturorganisation, die Karten zu diversen kulturellen Veranstaltungen vermittelte und jüdische Lesungen, Vorträge und Theaterabende organisierte. Zudem waren bis März 1938 in Wien folgende jüdische Theater aktiv: die Jüdischen Künstlerspiele (2. Wiener Gemeindebezirk, Praterstraße 34), die Jüdische Bühne (Praterstraße 60, spielte nur an Wochenenden), das Jüdisch-Politische Cabaret, das aus semi-professionellen Student\*innen bestand und bei verschiedenen Veranstaltungen auftrat, sowie das deutschsprachige Jüdische Kulturtheater (1., Franz-Josefs Kai 3), das Teil der Jüdischen Volkshochschule war. Die jiddisch spielenden Bühnen – die Künstlerspiele und die Jüdische Bühne – stellten ihre Vorstellungen mit dem »Anschluss« ein, auch Kabarettabende gab es keine mehr. Das Kulturtheater wurde noch im März 1938 von der »HJ Wien, I., Hof 6 und durch eine Stelle der Bezirksleitung der Leopoldstadt der NSDAP, II., Aspernbrückengasse«<sup>12</sup> beschlagnahmt und zertrümmert.

Über die Stimmung nach dem »Anschluss« im zweiten Bezirk, wo sich die Mehrzahl der jüdischen Bühnen und deren Publikum befanden, schrieb der jiddische Schriftsteller Josef Burg: »Still, wie ausgestorben war es nur im zweiten Bezirk. Bedrohliche Gerüchte gingen um, die Menschen versteckten sich, und hinter verschlossenen Türen wurde bang gewartet. Die Angst lauerte in den Straßen und Gassen des alten jüdischen Gettos von Wien.«<sup>13</sup>

Für den Verein Jüdisches Kulturtheater war nach dem März 1938 der Stillhaltekommissar, also der Reichskommissar für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich, zuständig (Stab Stillhaltekommissar für Vereine, Organisationen und Verbände). Am 6. September 1938 meldete der Polizeipräsident von Wien dem Stillhaltekommissar die Auflösung des Vereins und die »Löschung dieses Vereines im Vereinskataster«.<sup>14</sup> Dies ist nur ein Beispiel für die in diesen Monaten nach dem »Anschluss« stattfindende Entrechtung, Enteignung, Verfolgung und Vernichtung der österreichischen Jüdinnen und Juden und ihrer Einrichtungen.

Der Erlass der entsprechenden Gesetze durch die NS-Behörden im nun »angeschlossenen« Österreich und deren Auswirkungen können hier nicht im Einzelnen dargelegt werden,<sup>15</sup> stattdessen wird ein kurzer Überblick über die Folgen für die Israelitische Kultusgemeinde Wiens und Wiener jüdische Künstler\*innen geboten.

*Der »Anschluss« im März 1938 und die Folgen  
für die IKG Wien*

Als öffentliche Organisation der Wiener Juden war die Israelitische Kultusgemeinde Wien (IKG)<sup>16</sup> gezwungenermaßen der Ansprechpartner der NS-Machthaber. Bereits am 16. März 1938 drangen diese in die Räumlichkeiten der Kultusgemeinde ein, »kontrollierten Buchhaltung und Liquidatur, requirierten Rechenapparate und Schreibmaschinen, die Bestandsaufnahme wurde zum Beutezug«.<sup>17</sup> Am 18. März wurde das Amtsgebäude der IKG besetzt und ihre Tätigkeiten als Verein wurden vorübergehend verboten.<sup>18</sup> Der für die IKG zuständige NS-Beamte war Adolf Eichmann. Eichmann wurde mit der Leitung des Referates II-112 des Sicherheitsdienstes (SD) der SS betraut, das die antisemitische Politik in Österreich koordinierte.<sup>19</sup> In Deutschland hatte dieses sogenannte »Judenreferat« des SD die Gestapo unterstützt, hier jedoch gelang es Eichmann, diese Agenden im Referat II-112 zu halten. Das SD-Sonderkommando konnte somit selbst durchgreifen, »parallel und in Konkurrenz zur Gestapo«.<sup>20</sup> Nach in Berlin vorbereiteten Listen erfolgte die Verhaftung der Leitung der IKG. Festgenommen wurden etwa Präsident Desider Friedmann, Vizepräsident Josef Ticho, der zionistische Nationalratsabgeordnete Robert Stricker, Amtsdirektor Josef Löwenherz und zahlreiche weitere Kultusvorsteher.<sup>21</sup> »Inhaftiert wurde, wer sich als Repräsentant jüdischer Organisationen hervorgetan hatte. Alle Institutionen wurden lahmgelegt. Die Machthaber mühten sich, die Opfer von ihrer Brutalität und Entschlossenheit zu überzeugen.«<sup>22</sup> In den folgenden Wochen beorderte Eichmann die jüdischen Repräsentanten, die teilweise zur Zusammenarbeit wieder aus der Haft entlassen worden waren, zu sich. Sein Benehmen gegenüber den jüdischen Funktionären war alles andere als das eines subalternen Beamten (als der er sich in seinem Prozess in Jerusalem darstellte).